



HESSISCHER LANDTAG

12. 11. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Staatsanwaltschaften stärken, um Rechtsstaat zu sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Staatsanwaltschaften in Hessen massiv überlastet sind — sowohl die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, als auch die Geschäftsstellen. Die Zahl der offenen Verfahren bei den Staatsanwaltschaften ist von 2020 bis 2023 um rund 50 Prozent gestiegen, auf rund 107.000.
2. Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass es aufgrund dieser massiven Überlastung der Justiz in allen Bereichen zu Haftentlassungen kommt. So wurden im Jahr 2022 13 Personen wegen überlanger Verfahrensdauer aus der Untersuchungshaft entlassen, 2023 eine Person und 2024 bisher neun Personen. Dabei handelt es sich um einen nicht akzeptablen Zustand, da der Rechtsstaat hier aufgrund der Überlastung kapituliert, eine zufriedenstellende Strafverfolgung daher nicht stattfindet.
3. Der Landtag stellt fest, dass rund 374 Stellen bei den hessischen Staatsanwaltschaften fehlen, 177 bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, 197 in den Geschäftsstellen. Die für den Doppelhaushalt vorgesehenen 47 Stellen für die Staatsanwaltschaften sind daher mitnichten ausreichend, um eine Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen und gleichzeitig eine signifikante Verfahrensbeschleunigung zu erreichen.
4. Der Landtag stellt außerdem fest, dass auch im Bereich der Amtsanwaltschaft eine hohe Belastung für die Beschäftigten besteht, insbesondere durch die gestiegene Zahl der Verfahren. Im Jahr 2023 bearbeiteten die 43 Amtsanwältinnen und Amtsanwälte der Frankfurter Amtsanwaltschaft rund 110.000 Verfahren, im Jahr 2024 gibt es bis Mitte Oktober bereits 85.000 Verfahren.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, die fehlenden Stellen im Bereich der Staatsanwaltschaft sowie im Bereich der Geschäftsstellen im Doppelhaushalt abzubilden, um somit perspektivisch eine Entlastung der Staatsanwaltschaften zu schaffen, damit darauf hingewirkt werden kann, dass die Zahl der offenen Verfahren abnimmt und Haftentlassungen wegen überlanger Verfahrensdauern der Vergangenheit angehören. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, die Amtsanwaltschaft bei der Personaloffensive zu beachten.

Wiesbaden, 12. November 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas